Den Schutz der Wälder gerecht gestalten!

Foto: Jens Wieting

Im Rahmen des Klimaschutzabkommens kommt der Waldschutz endlich voran. Doch falsch eingeleitet, birgt dies enorme Risiken für den Klimaschutz, die biologische Vielfalt und vor allem für die lokale Bevölkerung. So demonstrierten während der Klimakonferenz in Bali zweitausend Menschen, um auf die Risiken aufmerksam zu machen. Gleichzeitig hoffen Waldbesitzer und waldreiche Staaten auf hohe Gewinne für den Schutz des Waldes.

Die Zerstörung der Wälder trägt mit ca. 20 Prozent zu den weltweiten Treibhausgas-Emissionen bei. Rodungen schreiten vor allen in den Entwicklungsländern rapide voran. Mit dem Wald werden unzählige Tier- und Pflanzenarten vernichtet. Doch Wald ist nicht nur ein Holzreservoir, eine Kohlenstoffsenke oder Ökosystem, sondern auch Lebens- und Wirtschaftsraum für viele Menschen in den Entwicklungsländern. Sie sammeln hier Früchte, Pilze oder Medizinalpflanzen. Bewaldung schützt vor den Folgen extremer Wetterereignisse: sie nimmt den Stürmen die Kraft, sichert Berghänge bei extremen Regenfällen. Ein vielfältiges Ökosystem kann sich besser an veränderte Umweltbedingungen anpassen - in Zeiten des Klimawandels wird Wald damit wichtiger denn je.

Wenn Wälder gerodet und in Viehweiden oder Plantagen umgewandelt werden, leidet vor allem die lokal ansässige Bevölkerung. In vielen Fällen verlieren sie ihre Heimat und ihren Lebensunterhalt. Wehren sie sich mit friedlichen Mitteln gegen die Zerstörung ihrer Umwelt, werden sie oft verfolgt, willkürlich verhaftet oder gar von Großgrundbesitzern umgebracht.

Internationaler Waldschutz

Trotz der großen Bedeutung der tropischen Wälder für Klima, Mensch und die Vielfalt gibt es bisher kein wirksames internationales Abkommen zum Schutz des Waldes. Derzeit liegen alle Hoffnungen auf einem effektiven Waldschutz innerhalb der internationalen Klimaschutzpolitik. Bisher sind hier lediglich Aufforstungen sowie Wiederaufforstungen innerhalb des CDM (Clean Development Mechanism) vorgesehen. Dieser ermöglicht es den Industrienationen ihre Klimaschutz-Verpflichtungen auch in Entwicklungs- und Schwellenländern zu erfüllen.

Seit der Klimakonferenz 2005 diskuieren die Regierungen der Welt über den Schutz der Wälder. Im Verhandlungsfahrplan für die nächsten Jahre stellt die Vermeidung von Entwaldung einen der großen Eckpfeiler dar. Derzeit wird ausgelotet, ob der Waldschutz über einen Markt-Mechanismus wie z.B. dem globalen Emissionshandel, finanziert werden kann. Eine Alternative zu marktorientierten Mechanismen wäre der Aufbau eines neuen internationalen Fonds zur Finanzierung von Waldschutzmaßnahmen.

Risiken

Werden nur vereinzelte Waldschutzgebiete finanziert, nationale Waldschutzprogramme aber nicht umgesetzt, besteht die Gefahr von Leck-Effekten (Leakage): Der Wald wird einfach in anderen benachbarten Regionen oder Nachbarländern abgeholzt. Dem Klima wäre nicht geholfen. Aus diesen Gründen wurde auch der Waldschutz unter dem CDM nicht erlaubt. Im Rahmen eines neuen Mechanismus ließen sich diese Risiken begrenzen, wenn nicht einzelne Schutzgebiete honoriert, sondern nationale Veränderungen berechnet würden.

Noch wird Wald im Rahmen des Klimaschutzabkommens als eine zu 15 Prozent baumbestandene Fläche definiert, weil auch die Wälder des hohen Norden darunter gefasst werden sollen. Damit fallen Ölpalmplantagen, die den artenreichen tropischen Regenwald verdrängen, in die gleiche Kategorie wie intakter Regenwald. Eine neue, nach Regionen differenzierte Definition ist vonnöten, die verschiedene Standorte weltweit erfasst.

Konfliktfall Schutzgebiet

Die Menschen, die in Bali demonstrierten, befürchten, dass der Waldschutz innerhalb des Klimaschutzabkommens nicht als Lebens- und Wirtschaftsraum für die lokale Bevölkerung angesehen wird, sondern als reiner Kohlenstoffspeicher. Bisher wurden mit dem Schutz von Wäldern und Aufforstungen sehr schlechte Erfahrungen gemacht. Aus Schutzgebieten werden Menschen verdrängt, oft entstehen gewalttätige Konflikte. Einige CDM-Projekte gefährden die Lebensgrundlagen der lokalen Bevölkerung, obwohl sie eigentlich der nachhaltige Entwicklung vor Ort dienen sollen.

Konfliktfall Schutzgebiet: Von einem besonders drastischen Fall berichtet der MISEREOR-Partner BARCIC. Der Nationalpark Modhupur Eco-Park Project im Netra-

kona District Bangladesh wurde ohne Einbeziehung der Lokalbevölkerung ausgerufen. Ein Teil der ansässigen Bevölkerung, vor allem aus dem Volk der Garo, wurden vertrieben, ein anderer durfte weiterhin in dem ummauerten Park wohnen. Allerdings gingen nachts die Tore zu. Bei Protesten 2004 gegen den Nationalpark wurden 25 Personen verletzt, ein Mann getötet.

Konfliktfall CDM-Projekt: Rund um den Vulkan Mount Elgon im östlichen Uganda an der Grenze zu Kenia wurde ein Schutzgebiet errichtet. Über 10.000 Menschen wurden für dieses Projekt vertrieben. Sie hatten den Wald zur Jagd genutzt, weideten dort Vieh, sammelten Pilze, Kräuter und Heilpflanzen - der Wald war Grundlage des ländlichen Überlebens. Immer wieder entbrennen hier gewalttätige Konflike. Rund um den Nationalpark wurde ein Ring aus Eukalyptusplantagen errichtet, um den Wald vor „Eindringlingen" zu schützen. Diese als CDM-Projekt umgesetzte Plantage, befeuert die Konflikte vor Ort, obwohl CDM doch Nachhaltigkeit fördern soll.

Die internationale Gemeinschaft wird beim Schutz der Wälder, wie beim CDM, auf Nachhaltigkeitskriterien setzen. Projekte müssten der sozialen und ökonomischen Entwicklung des Landes dienen und keine negativen Umweltauswirkungen mit sich bringen. Doch die Verhältnisse vor Ort können so nur bedingt verändert werden, da Nachhaltigkeitsstandards nach dem Souveränitätsprinzip durch die nationalen Regierungen festgelegt werden. In Ländern mit ungeklärten Landrechtsverhältnissen verhält sich die lokale Bevölkerung illegal, wenn sie sich gegen die Errichtung von Schutzgebieten zur Wehr setzt, und nicht diejenigen, die sie für Aufforstung oder Waldschutzmaßnahmen von ihrem angestammten Land vertreiben.

Gerechte Verteilung der Gewinne

Erhalten Landbesitzer und Konzerne mit der Lizenz zum Abholzen Kompensationszahlungen, wenn sie ihre Entwaldung einstellen, können weitere Gerechtigkeitslücken entstehen. So könnte eine Firma finanzielle Anreize erhalten, eine Kommunen, deren Bewohner keine Landrechte besitzen oder sowieso nachhaltige Waldnutzung betreiben, hingegen keine.

Soll Entwaldung dauerhaft verringert werden, müssen die Ursachen der Abholzung genau analysiert werden. In Brasilien verdrängt der Ausbau von Infrastruktur und die Rinderzucht den Wald. In Indonesien überwiegt hingegen die Umwandlung von Wald in Plantagen für Papier sowie der Anbau von Palmöl für Kosmetika, Nahrungsmittel und Biokraftstoffe. Großkonzerne, Hand in Hand mit lokalen Entscheidungsträgern, profitieren jeweils vom Raubbau. Die Rolle der Kleinbauern bei der Entwaldung ist regional sehr unterschiedlich. Armut und fehlender Zugang zu Land sowie gezielte Umsiedlung oder Verdrängung durch Konzerne treiben die Menschen in die Wälder und in neue Anbauzonen. Eine umweltgerechte Landnutzung ist ihnen so kaum möglich. Zudem fehlen diesen Menschen meist Landrechtstitel. Nur die geben Anreize zu langfristig umweltgerechter Landwirtschaft.

Der britische Ökonom Sir Nicolas Stern, der einen der meist beachteten Berichte zum Klimaschutz für die britische Regierung verfasst hat, betont, dass Landrechtsreformen und die Errichtung und Stärkung von Landrechtstiteln für bewaldetes Land entscheidend für dessen Schutz seien. Auch die Pflichten und Rechte von Gemeinden und Konzessionären sowie deren effektive Umsetzung und Kontrolle nennt er als wirkungsvolle Mittel zum Waldschutz.

Waldschutz unter dem Klimaschutzabkommen ist derzeit der einzig sichtbare Weg zu einer internationalen Vereinbarung. Eine falsch eingeleitete Politik birgt allerdings enorme Risiken - für das Weltklima, die lokale Bevölkerung und den Erhalt der biologischen Vielfalt.

Statt Menschen aus ihrer Heimat zu verdrängen, sollte der Waldschutz den Menschen bessere Lebensbedingungen und Rechte bringen und Entwicklungsländer dabei unterstützen, ihren Wald für die kommenden Generationen zu bewahren. Langfristige Waldschutzpolitik sollte darauf zielen, dass keine Konzessionen zur Zerstörung wertvoller Waldgebiete mehr vergeben werden und das Land denen zugesprochen wird, die Gewohnheitsrechte haben. Diese Menschen müssen darin unterstützt werden, ihr Land umweltgerecht und ertragsreich zu nutzen. Dies würde auch verhindern, dass einfach an anderer Stelle abgeholzt wird. Die lokale Bevölkerung muss Mitspracherechte erhalten und voll informiert sein. Allerdings darf nicht vergessen werden, dass der große Druck auf den Wald besonders dem Konsum der globalen Konsumenten geschuldet ist. Dazu gehört insbesondere unser hohe Fleischkonsum, sowie in zunehmendem Maße der Anbau von „Bio"-Energie. Zudem forciert die Staatsverschuldung vieler Entwicklungsländer eine nicht-nachhaltige, exportorientierte Landwirtschaft, die zum Abholzen der Wälder führt. In diesem Sinne sollte auch die Frage nach Entschuldung neu gestellt werden.

Anika Schroeder ist Referentin für Klimawandel und Entwicklung von MISEREOR, www.misereror.de. Dr. Alexander Popp ist Mitarbeiter am Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) im Bereich „Veränderung von Landnutzung". Dr. Katrin Vohland arbeitet ebenfalls am PIK im Bereich Klimawandel, Biodiversität und nachhaltige Entwicklung, www.pik-potsdam.de.